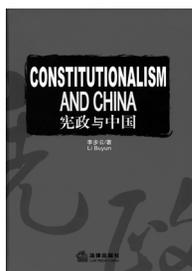


## Recht und Reform in China

Ein Land zwischen Wirtschaftsboom und Demokratiebaissse



**Li Buyun:**

*Constitutionalism and China.*

Peking: Law Press

China 2006. 521

Seiten, 98,00 Yuan

Alexandra Kemmerer | **Chinas rasante wirtschaftliche Entwicklung hat sich bislang kaum als Schrittmacher für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit erwiesen. Wie kann, wie sollte der Rechtsdialog mit China heute geführt werden? Übersicht über neue Bücher und Aufsätze zum Thema.**

„Der Vorschlag wurde von der Versammlung nicht angenommen“, heißt es in der editorischen Anmerkung zu Li Buyuns erstmals 2002 veröffentlichtem Aufsatz „Several Issues on Judicial Independence“, in dem der chinesische Verfassungsrechtler für eine institutionelle Justizreform zur Sicherung richterlicher Unabhängigkeit eintritt. Die Ablehnung der Parteifunktionäre konnte Li Buyun, heute Direktor des Forschungsinstituts für öffentliches Recht an der eng mit dem Staatsrat verbundenen Chinese Academy of Social Sciences, den Wind offenbar nicht aus den Segeln nehmen. Mit leisem Nachdruck schließt die kurze Kommentierung seines Textes: „Der Verfasser glaubt, dass die Errichtung eines unabhängigen Gerichtssystems als Trend historischer Entwicklung vorgezeichnet ist.“

An dieser hoffnungsvollen Einschätzung kann man mit Gründen zweifeln. Die Lektüre einer Auswahl der seit 1979 publizierten Beiträge Li Buyuns hilft dabei, besser zu verstehen, wo heutige Rechtsstaatsdialoge anknüpfen können. Die 31 Aufsätze behandeln unter anderem Konzeptionen und theoretische Grundlegungen der Menschenrechte, Verfassung und Partei, Staatsbürgerschaft und Gewaltenteilung. Knappe Anmerkungen erlauben die Einordnung in den politischen Kontext und vervollständigen den Band zu einem facettenreichen Panorama chinesischer Rechtspolitik.

Ein zentrales Thema ist die Debatte um Rule of Law und Rule of Man, in der sich Li Buyun schon entschieden auf die Seite der Rechtsstaatlichkeit schlug, als dieser Begriff den Führungskadern in der Parteizentrale

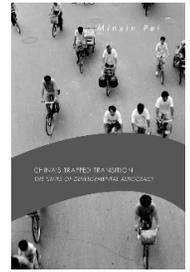
noch gänzlich suspekt war. Immer wieder betont der überzeugte Marxist, dass die Gräueltaten der Kulturrevolution eine Herrschaft der „besten Köpfe“ im Sinne Platons nachhaltig diskreditiert hätten.

Schlüsselmoment der Konstitutionalisierung Chinas ist für den Verfassungsrechtler das dritte Plenum des 11. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, von dem im Dezember 1978 auf Initiative Deng Xiaopings der Anstoß nicht nur zu umfassenden wirtschaftlichen Reformen ausging, sondern auch zu einer Reform des Rechtswesens. „Wir benötigen ein umfassendes und vollständiges Gesetzeswerk von allerhöchster Autorität, welches strikt, zuverlässig und ohne Ausnahmen angewendet wird“, heißt es im Kommuniqué des Plenums. Anders als es bei Li Buyun zuweilen anklingt, stand die Neuordnung des Rechts als Zielvorgabe dabei nicht gleichrangig neben den Wirtschaftsreformen, sondern war dazu bestimmt, diesen zu dienen. Verbindliche Gesetze sollten die Fragmentierung staatlicher Zentralgewalt eindämmen und nach den Willkür excessen der Kulturrevolution das Vertrauen in die Stabilität der Verhältnisse stärken.

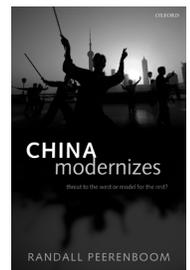
Die sind heute fragiler als je, glaubt man Minxin Pei, dem Direktor des China-Programms des Carnegie Endowment for International Peace. Pei zeichnet ein düsteres Bild des Riesens im Übergang. Hinter der Fassade ungebremsen Wachstums deckt er Korruption, hemmungslose Mitnahmementalität und ein rapides Abbröckeln der Zentralgewalt auf. Ohne

politische Reformen werde das neoautoritäre Regime Hu Jintaos seine ökonomische Vitalität bald ausgeschöpft haben. In unvollendeten Reformprozessen steckengeblieben, drohe China zum „handlungsunfähigen Staat“ zu werden, dessen Schwäche auf die Welt übergreife. Statt als neue Supermacht könne sich China als Gigant entpuppen, „der es versäumt hat, die historische Gelegenheit zum Bruch mit seiner autoritären Vergangenheit zu ergreifen und der dafür einen hohen Preis zahlt“.

Viel zu pessimistisch sei dieser Ausblick, kritisiert Andrew Nathan, Politikwissenschaftler an der Columbia University, in *Foreign Affairs*.<sup>1</sup> Zu einem differenzierenden Blick mahnt auch der an der University of California lehrende Jurist Randall Peerenboom in seiner so profunden wie provokativen Analyse des chinesischen Wandels. Der bekennende Kommunistarist, der selbst einige Jahre als Wirtschaftsanwalt in Peking praktiziert hat, kritisiert westliche Versuche, ein Demokratie- und Menschenrechtsverständnis gen Osten zu „transplantieren“, das nur ein partikulares sei und die kulturellen Besonderheiten und Traditionen Chinas unberücksichtigt lasse. Für Peerenboom ist es kein Skandal, Wohlstand und innerer Sicherheit Priorität vor Rechtsstaatlichkeit und Demokratie einzuräumen. Über diese These soll und muss gestritten werden, am besten im west-östlichen Dialog. Peerenbooms scharfsinniges und hochaktuelles Buch sei dazu mit Nachdruck empfohlen. Er drängt seinen westlichen Leser, eigene Gewissheiten zu hinterfragen, indem er ihm die



**Minxin Pei:**  
*China's Trapped Transition. The Limits of Developmental Autocracy.*  
Cambridge, Mass.: Harvard University Press 2006, 306 Seiten, 45,00 \$



**Randall Peerenboom:**  
*China Modernizes. Threat to the West or Model for the Rest?*  
Oxford/New York: Oxford University Press 2007, XV und 406 Seiten, 35,00 \$

<sup>1</sup> Andrew J. Nathan: Present at the Stagnation, *Foreign Affairs*, Juli/August 2006, S. 177–182, insbesondere S. 180.



**Gregor Jansen (Hrsg.):**  
*Totalstadt. Beijing Case. High-Speed Urbanisierung in China.*

Köln: Verlag der Buchhandlung Walther König 2006, 416 Seiten, 38,00 €

Vielschichtigkeit der chinesischen Transformationsprozesse eindringlich vor Augen führt.

Zum Weiterdenken verlockt auch das von Gregor Jansen herausgegebene Buch über die chinesische „High-speed-Urbanisierung“, das aus einem Stipendiatenprojekt der Kulturstiftung des Bundes in Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut Peking und dem ZKM Karlsruhe entstanden ist. Der faszinierende Band ist Ausstellungskatalog und Handbuch zugleich. In Bildern aus dem Lebensalltag der chinesischen Kapitale werden die rasanten Veränderungen der vergangenen Jahre greifbar. Die Texte vertiefen und erklären, sind aber auch Zeugnisse eines rücksichtslosen Wandels, der atemberaubend Neues ermöglicht, indem er – wie beim radikalen Abriss ganzer Altstadtviertel im Vorfeld von Olympia 2008 – Tradiertes zerstört.

Den Versuch einer Versöhnung chinesischer Tradition mit westlichem Staatsdenken unternimmt Guido Mühlemann in seiner Zürcher Dissertation. Wie der Rechtshistoriker selbst bekennt, bleibt sein Zugriff im Detail notwendig knapp, eröffnet aber neue Zugänge zu weitgespannten Fragestellungen der staats- und verfassungstheoretischen Rezeption, die von Rechts- und Politikwissenschaftlern hoffentlich engagiert aufgenommen und weitergeführt werden.

Beim Blick auf das postnationale Modell der EU jedenfalls ist es für chinesische Beobachter weniger die „Rechtsgemeinschaft“ im Sinne Hall-

steins, die interessiert. Auch die Verfassungsdebatte und der endlose Streit ums „Demokratiedefizit“ finden deutlich weniger Beachtung als die Rolle Europas in der Welt, wie der Politikwissenschaftler Jing Men von der Freien Universität Brüssel in einer Zeitschriftenschau darlegt.<sup>2</sup> Anders als die Beziehungen zu den USA sei Chinas Verhältnis zur EU „frei von geopolitischen Konflikten“, man sehe sich nicht als „strategischer Wettbewerber oder Feind“. Darum gewinnt die EU, größter Handelspartner Chinas, Attraktivität als Partner in einer multipolaren Weltordnung. Die Dreiecksbeziehung zwischen EU, USA und China erscheint als zukunfts-trächtige Alternative zur amerikanischen Hegemonie. In ihre neue Rolle als globaler Akteur müssen sich die vielstimmigen Europäer allerdings auch hier erst noch hineinfinden.<sup>3</sup>

Die Europawissenschaften haben, so erfährt man bei Men, seit Beginn der neunziger Jahre in der Volksrepublik einen rasanten Aufschwung genommen. Mehr als 20 Institute und Zentren beschäftigen sich mit Politik, Recht und Wirtschaft der EU, zusätzlich zu zahlreichen auf einzelne europäische Länder bezogenen Forschungseinrichtungen. Dem besseren Kennenlernen soll auch die neue, von der Europäischen Kommission initiierte „EU-China Law School“ dienen, über deren Struktur und Konzept noch verhandelt wird. Wird man dort Europarecht studieren oder Rechtsreformen diskutieren? Werden neben Wett-

<sup>2</sup> Jing Men: Chinese Perceptions of the European Union: A Review of Leading Chinese Journals, *European Law Journal*, November 2006, S. 788–806.

<sup>3</sup> Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament – Die Beziehungen EU-China: Mit der engeren Partnerschaft wächst die Verantwortung, KOM (2006), 631, 24.10.2006. Vgl. auch Pierre Baudin: Chine-Union Européenne: une certitude, des questions, *Revue du Marché commun et de l'Union européenne*, Januar 2007, S. 27–31.



**Guido Mühlemann:**  
*Chinas Experimente mit westlichen Staatsideen. Eine rechtshistorische und zeitgeschichtliche Untersuchung zur chinesischen*

*Rezeption europäischer Staatsideen.*

Zürich/Basel/Genf: Schulthess 2006, 419 Seiten, 85,00 SFr

bewerbsrecht Menschenrechtsfragen verhandelt? Oder bleibt Grundsätzliches im praxisbezogenen wirtschaftsrechtlichen Curriculum versteckt?

Jedenfalls werde die neue Rechtsakademie „zur Einbindung Chinas und seiner jungen Eliten in das globale Konzert beitragen“, ließ Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner unlängst in Berlin verlauten. Die „EU-China Law School“ sei ein Beispiel für den „Export von Rechtsstaatlichkeit“.<sup>4</sup> Dass diese Wendung in selbstbewussten chinesischen Ohren als schriller Misston widerhallen könnte, das hätten die Referenten der Kommissarin bei der Politikwissenschaftlerin Nicole Schulte-Kulmann nachlesen können. In ihrer akteurszentrierten Untersuchung grenzüberschreitender Rechtszusammenarbeit zwischen China, Deutschland und den Vereinigten Staaten beleuchtet sie ein von außenpolitischen und wirtschaftlichen Interessen geprägtes Feld. Deutsche Rechtsberatung in der und für die Volksrepublik China werde, so ihr Fazit, ganz überwiegend von staatlicher Seite geleistet, durch die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Sie sei stark formalisiert, eng an die China-Politik der jeweiligen Bundesregierung gekoppelt und finde als Gesetzgebungsberatung vorwiegend auf höherer Ebene statt, im Dialog mit hochrangigen Vertretern der Ministerialbürokratie.

In den Vereinigten Staaten hingegen sei die Rechtszusammenarbeit mit China vor allem von nichtstaatlichen Akteuren getragen und erlaube daher ein flexibleres Eingehen auf die Bedürfnisse und Anfragen der jeweili-

gen Kooperationspartner, unberührt von der politischen Großwetterlage. Gegenüber der großen und ständig wachsenden Zahl im amerikanischen Recht versierter chinesischer Nachwuchsjuristen nimmt sich die Zahl der im Rahmen deutsch-chinesischer Wissenschaftskooperation ausgebildeten „Deutschrechtler“ verschwindend gering aus, auch wenn diese in der Universitäts- und Verwaltungslandschaft Chinas eng miteinander vernetzt sind. Das Erfordernis deutscher Sprachkenntnisse ist eine Barriere, die nur wenige überwinden, wenn sich alternativ die Möglichkeit zur Rechtsausbildung in der englischen Lingua Franca bietet. Angesichts des immer leichteren Zugangs zu amerikanischer Rechtsprechung und Literatur sei auch nicht davon auszugehen, dass die Initiative des DAAD zur Übersetzung von etwa 30 „Standardwerken“ deutscher rechtswissenschaftlicher Literatur großen Einfluss auf die Ausbildung chinesischer Juristen und damit auf die künftige Rechtspraxis haben werde.

Indessen werden auch die „staatsgetragenen“ deutschen Initiativen und Hochschulkooperationen in wachsendem Maße durch private Akteure ergänzt. Bereits zum vierten Mal organisiert die Hamburger Bucerius Law School in diesem Sommer zusammen mit der Chinese Academy of Social Sciences in Peking einen zweiwöchigen Kurs für Nachwuchsjuristen zur Einführung ins internationale und europäische Wirtschaftsrecht. Wie im vergangenen Jahr könnten sich dabei vermeintlich enge ökonomische Perspektiven wieder



**Nicole Schulte-Kulmann:**  
*Rechtszusammenarbeit mit der Volksrepublik China. Deutsche und amerikanische Initiativen im Vergleich.*  
Göttingen: V & R unipress 2005,  
344 Seiten, 56,00 €

<sup>4</sup> Benita Ferrero-Waldner: Europa eine Seele geben, SPEECH/06/749, 18.11.2006.

zu grundsätzlichen Diskussionen über Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte weiten.

Erfolgreiche Rechtszusammenarbeit zeichnet sich vor allem durch die Herausbildung von Netzwerken deutscher und chinesischer, amerikanischer und chinesischer Juristen aus, in denen diese selbst zu Schnittstellen für Kontakte zwischen Institutionen werden können. In solchen Netzwerken sei es, so Nicole Schulte-Kulmann, aufgrund gleichen professionellen Hintergrunds möglich, sensible Themen offen und konstruktiv zu besprechen. Man kann das übrigens

auch mit Li Buyun tun, der seit 1988 mehrfach als Gast an der Columbia Law School in New York geforscht hat. In seinen Aufsätzen kommt die EU allerdings so wenig vor wie die postnationale Konstellation. Das überrascht den westlichen Leser, denn schließlich sind es nicht zuletzt die aktuellen Transformationen klassischer Staatlichkeit, die uns China näher rücken und seine ungewisse Zukunft zum weltbürgerlichen Anliegen machen.

Alexandra Kemmerer, geb. 1972, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Juristischen Fakultät der Universität Würzburg.

## Globaler Wunschzettel

Kleiner Leitfaden für den aufgeklärten Weltbürger

Thomas Speckmann | **In den etablierten westlichen Ländern wird die Globalisierung noch vorwiegend als Drohkulisse wahrgenommen. Die Spiegel-Redakteure Stefan Aust und Matthias Ziemann sowie Claus Richter (ZDF) beleuchten die Folgen der Globalisierung nicht allein aus einer eurozentrischen Sicht, sondern auch aus der Warte der außereuropäischen Welt.**

Gerade die Deutschen dürften eigentlich keine Angst vor der Globalisierung haben. Denn das, was ihnen Angst macht, den Hunger nach Wohlstand von Millionen Menschen in Indien, China, Malaysia und Indonesien, kennen die Deutschen aus ihrer eigenen Geschichte. Nach den Schrecken des Zweiten Weltkriegs wollten sie in der jungen Bundesrepublik vor allem eines: den sozialen Aufstieg. Sie wollten erst halbwegs regelmäßige tägliche Nahrung, dann ein Bett für sich, dann ein Zimmer, das sie nur

noch mit einem statt mit zehn Schlafgenossen teilen mussten, dann vielleicht den Luxus einer Inntoilette oder den einer eigenen Dusche. Eine Wunschliste, die sich nun in einem kurzweiligen und zugleich informativen Band über aktuelle Phänomene der Globalisierung findet, genauso gut aber in einer Darstellung über die deutsche und europäische Nachkriegsgeschichte enthalten sein könnte.

Doch die nach den Kriterien des Westens unabdingbaren Voraussetzungen für eine halbwegs würdige Exis-

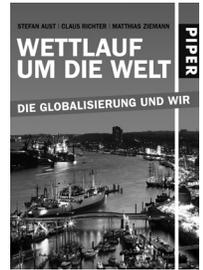
tenz sind der westlichen Aufmerksamkeit mittlerweile oft schon so fern, dass viele Deutsche Probleme haben, die Motive der Arbeiterheere in den aufstrebenden Ländern Asiens zu begreifen. Hinzu kommt, dass nach Aussage von Klaus Schwab, dem Initiator des Weltwirtschaftsforums in Davos, nur rund 300 000 Menschen als wirklich globalisiert gelten können, „die man auf den Flughäfen in Heathrow, in Frankfurt und in Tokio trifft, die die *Financial Times* lesen und so weiter“.

Wann, so fragen Aust, Richter und Ziemann, werden die Männer und Frauen, die derzeit für einen, zwei oder auch einmal fünf Euro am Tag in Doppelschicht die Maschinen einer Strickfabrik überwachen, die Sohlen auf Laufschuhe kleben oder Stecker in Laptops pfpfen, wann wird diese Milliarde Menschen in den asiatischen Boom-Regionen beginnen, über dieselben Dinge nachzudenken wie die verunsicherten Mittelklassen im Westen? So muss dem Arbeitnehmer in Europa daran gelegen sein, dass auch der Arbeiter in den aufsteigen-

den Ländern ordentliche Löhne erhält und vernünftig existieren kann, und zwar nicht nur aus moralischen Motiven, sondern aus wohlverstandendem Eigeninteresse.

In einer globalisierten Weltgemeinschaft können, so die Autoren, nur aufgeklärte Zeitgenossen den Anspruch auf Mitwirkung fordern und auch tatsächlich durchsetzen. Dieser Mahnung scheinen die Deutschen bereits Gehör zu schenken. Denn ihre bleierne Zukunftsangst der letzten Jahre weicht derzeit einem rationaleren Diskurs und einer positiven Zukunftsgewissheit. Zu diesem Ergebnis kommt jedenfalls der Zukunftsforscher Horst W. Opaschowski. Seine neueste Studie sieht die Deutschen im Stimmungshoch und verkündet das Ende der „German Angst“. Wer hätte das noch vor einem Jahr gewagt?

Dr. Thomas Speckmann, geb. 1974, Historiker und Politikwissenschaftler, ist Referent in der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen und Lehrbeauftragter am Seminar für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.



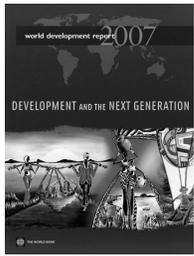
**Stefan Aust, Claus Richter, Matthias Ziemann:**  
*Wettlauf um die Welt. Die Globalisierung und wir.*  
München: Piper Verlag 2007. 304 Seiten, 19,90 €

## Wege zum Wirtschaftswunder

Neues zum Thema Wachstum und Entwicklung in der Weltwirtschaft

Erich Weede | **Drei neu erschienene Bände untersuchen die Chancen der jungen Generation in Entwicklungsländern, fragen nach den Zusammenhängen zwischen Armut, Entwicklung, Frieden und Umwelt und erstellen eine weltweite Hitliste der wirtschaftlichen Freiheit.**

Von den derzeit weltweit rund 1,5 Milliarden Menschen im Alter von 12 bis 24 Jahren leben 1,3 Milliarden in Entwicklungsländern. Den Problemen und Lebensperspektiven dieser jungen Menschen ist der Weltent-



**World Development Report 2007. Development and the Next Generation.**  
Washington: World Bank 2006, 317 Seiten, 26,00 \$

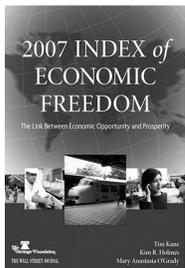
wicklungsbericht 2007 gewidmet. Die These des Berichts: Während einer Periode des demographischen Übergangs von hoher Geburtenrate und niedriger Lebenserwartung zu niedriger Geburtenrate und hoher Lebenserwartung bietet sich für Volkswirtschaften die Chance zu besonders schnellem Wirtschaftswachstum. Denn in dieser Phase ist der arbeitende Teil der Bevölkerung besonders hoch, der von der arbeitenden Generation ernährte Teil – Alte, Kinder – dagegen vergleichsweise niedrig. Dieses Phänomen hat in der Vergangenheit zu vielen asiatischen Wirtschaftswundern beigetragen.

Kann auch Afrika, das diese Phase noch vor sich hat, dieses „window of opportunity“ nutzen? Das hängt nach dem Bericht von zwei Faktoren ab: der so genannten Humankapitalbildung und dem Arbeitsmarkt. So besuchen zwar 85 Prozent aller Zwölfjährigen in Entwicklungsländern eine Schule, doch ändert das wenig daran, dass in einigen der Länder viele Schüler auch nach sechs Jahren noch nicht richtig lesen können. Mit der Folge, dass der Humankapitalertrag der Schulausbildung oft mangelhaft ist. Nicht viel besser die Situation auf dem Arbeitsmarkt: Ist die Jugendarbeitslosigkeit schon in den Industrieländern deutlich höher als die Arbeitslosigkeit der Älteren, so ist der Unterschied in den Entwicklungsländern noch größer. Staatliche Regelungen – vom Minimallohn bis zum Kündigungsschutz – haben oft einen negativen Effekt auf die Chancen der Jugend. Kommt hinzu, dass in einzelnen Ländern ein höheres Lohnniveau im öffentlichen Dienst als in der Privatwirtschaft dazu beiträgt, dass Jugendliche lieber auf

einen privilegierten Arbeitsplatz im Staatsdienst warten statt sofort in der Privatwirtschaft tätig zu werden.

Um das „Fenster der Gelegenheit“ für Wachstum und Armutsbekämpfung zu nutzen, muss in der Bildungs- und Wirtschaftspolitik der Entwicklungsländer noch einiges getan werden. Die wohlhabenden Länder könnten einen Beitrag dazu leisten – etwa durch eine weniger restriktive Zuwanderungspolitik für Unqualifizierte. Neben Themen wie Humankapitalbildung und Arbeitsmarkt werden in dem Bericht Gesundheit, Familiengründung, politische Beteiligung und sogar Probleme der Identitätsfindung abgehandelt – oft jedoch auf einem selbst für den über einige Vorkenntnisse verfügenden Leser allzu hohen Abstraktionsniveau. Insgesamt ist der Bericht heterogener und weniger klar auf die ökonomische Kernkompetenz der Weltbank fokussiert als die vorhergehenden Berichte.

Dass es in erster Linie das Ausmaß der wirtschaftlichen Freiheit sei, welches über Wohlstand und Wachstum entscheide, ist das Credo der Wirtschaftsliberalen. Kaum verwunderlich, dass gerade sie sich um die international vergleichende Erfassung der wirtschaftlichen Freiheit bemühen. Eines der beiden großen Projekte, die sich derzeit damit beschäftigen, wird federführend vom kanadischen Fraser Institute geleitet (siehe *IP* 12/2006, S. 121 f.), das andere und hier zu besprechende gemeinsam von der Heritage Foundation und dem *Wall Street Journal*. Auf deren Index werden 157 Volkswirtschaften auf einer Prozentskala eingeordnet. In die Bewertungen gehen mit gleichem Gewicht zehn Freiheiten ein: die unternehmerische



**Tim Kane, Kim R. Holmes, Mary A. O'Grady: 2007 Index of Economic Freedom. The Link Between Economic Opportunity and Prosperity.**  
Washington, DC/ New York: The Heritage Foundation and The Wall Street Journal 2007, 408 Seiten, 19,95 \$

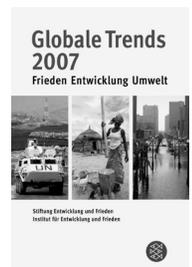
Freiheit, die Außenhandelsfreiheit, die fiskalische Freiheit, die Freiheit von der Regierung, die monetäre Freiheit, die Freiheit für ausländische Investoren, die Freiheit der Banken, die Sicherheit des Privateigentums, die Freiheit von Korruption und die Freiheit des Arbeitsmarkts. Hongkong schneidet mit 89,3 Prozentpunkten am besten ab, Nordkorea mit 3,0 Punkten am schlechtesten. Deutschland hält mit 73,5 Punkten Rang 19, deutlich hinter den USA mit 82 Punkten und Rang 4 oder Großbritannien mit 81,6 Punkten und Rang 6. Während in vielen Entwicklungsländern die fehlende Sicherheit des Privateigentums und die mangelnde Freiheit von Korruption die Hauptprobleme sind, sind es in Deutschland und Österreich die fehlende Freiheit von der Regierung (hohe Staatsausgaben) und die mangelnde Freiheit der Arbeitsmärkte.

Das vorliegende Werk ist aber nicht nur ein Datenhandbuch, es enthält auch zwei wertvolle Artikel von Gastautoren. So zeigt der bekannte Wachstumsforscher Xavier Sala-i-Martin von der Columbia University, dass die Globalisierung nicht nur das Wachstum beschleunigt hat, sondern auch zur Egalisierung der Einkommensverteilung unter den Menschen und zum Abbau der Armut beigetragen hat. Waren 1970 noch 15,4 Prozent der Menschheit arm, wenn man die Einkommensgrenze pro Person und Tag bei einem kaufkraftbereinigten Dollar ansetzt, so waren es 2000 „nur“ noch 5,7 Prozent. Bei einer Armutsschwelle von zwei Dollar gab es einen Rückgang von 29,6 auf 10,6 Prozent, bei einer Schwelle von drei Dollar von 46,6 auf 21,1 Prozent.

In einem weiteren Artikel plädiert Johnny Munkhammar vom schwedischen Timbro-Institut für eine Deregulierung der europäischen Arbeitsmärkte. Er illustriert das mit einem Vergleich von Schweden und Großbritannien für den Zeitraum 1995 bis 2004. Das Einkommen der ärmsten 10 Prozent der Bevölkerung stieg in diesem Zeitraum in Schweden nur um 10 Prozent, in Großbritannien aber um 59 Prozent. Munkhammars These: Sogar die Ärmsten können von freien Arbeitsmärkten profitieren.

Armut und Unterentwicklung erhöhen die Bürgerkriegsanfälligkeit massiv, Bürgerkriege wiederum zementieren Armut und Unterentwicklung – oft sogar bei den Nachbarn der betroffenen Länder. Dass es Zusammenhänge zwischen Frieden oder Kriegsverhütung und Entwicklung oder Wirtschaftswachstum gibt, deuten die an der Herausgabe des Sammelbands „Globale Trends 2007“ beteiligten Institutionen schon im Namen an: Es handelt sich dabei um die Stiftung Entwicklung und Frieden (Bonn) und das Institut für Entwicklung und Frieden (Universität Duisburg-Essen). So wird in dem Band mit dem Untertitel „Frieden – Entwicklung – Umwelt“ auch darauf verwiesen, dass der Aufstieg künftiger Großmächte – wie Chinas und Indiens heute – in der Vergangenheit oft mit gesteigerter Kriegsgefahr einherging.

Die Interdependenzen von wirtschaftlicher Entwicklung und Umwelt werden etwa am Beispiel der Wasserverknappung in Nordchina oder der Luftverschmutzung in chinesischen Großstädten aufgezeigt. Dabei liegt ein großer Wert des Bandes in seinem Datenreichtum. Nur zwei Beispiele: Wäh-



**Tobias Debiel,  
Dirk Messner und  
Franz Nuscheler  
(Hrsg.):**

*Globale Trends  
2007. Frieden –  
Entwicklung  
– Umwelt.*

Frankfurt/Main:  
Fischer 2006, 416  
Seiten, 14,95 €

rend sich der deutsche Ölverbrauch seit 1990 kaum verändert hat, hat er sich in Indien verdoppelt, in China fast verdreifacht. Oder: In Indien ist die extreme Armut seit 1990 von 42 auf 34 Prozent zurückgegangen.

Was zuweilen allerdings fehlt, ist eine exakte Beschreibung der Indices, etwa wenn von der Verdoppelung der Ungleichheit in China die Rede ist.

Schließlich gibt es viele Ungleichheitsindices. Ob etwa die Einkommensungleichheit in den letzten Jahrzehnten weltweit zu- oder abgenommen hat, hängt von der genauen Fragestellung und den verwendeten Indices ab.

Prof. Dr. Erich Weede, geb. 1942, ist emeritierter Professor für Soziologie an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

## Grundlagen für Geduldige

Was lange währt, wird endlich Buch: ein Standardwerk zur deutschen Außenpolitik nach 1989



**Siegmund Schmidt,  
Gunther Hellmann,  
Reinhard Wolf  
(Hrsg.):**  
*Handbuch zur  
deutschen  
Außenpolitik.*  
Wiesbaden:  
Verlag für  
Sozialwissen-  
schaften 2007, 968  
Seiten, 59,90 €

Sven Bernhard Gareis | **Ein in jeder Hinsicht gewichtiges Werk haben die Herausgeber des 968 Seiten umfassenden „Handbuchs zur deutschen Außenpolitik“ vorgelegt. Den Anspruch, eine ebenso umfassende wie tiefgründige Bestandsaufnahme deutscher Außenpolitik seit der Wiedervereinigung vorzunehmen, lösen sie mit kleinen Abstrichen ein.**

Im Vorwort verweisen die Herausgeber, Siegmund Schmidt, Gunther Hellmann und Reinhard Wolf, darauf, dass das Handbuch eine lange und nicht ganz leichte Entstehungsgeschichte hatte. Uneingeschränkt lässt sich sagen, dass sich die Wartezeit und die Geduld und Ausdauer von Herausgebern, Autoren und Verlag gelohnt hat. Es ist ein wichtiges Werk entstanden, das sicherlich für eine Reihe von Jahren eine entscheidende Referenzgröße bei der Befassung mit deutscher Außenpolitik in Wissenschaft, Medien und Politik sein wird.

Nach einer systematischen Ein-

führung in Gegenstand und Anlage des Handbuchs werden zunächst Kontinuität und Wandel deutscher Außenpolitik unter Rückgriff auf das Identitätskonzept sowie auf unterschiedliche Rollenkonzepte wie das der europäischen Zentralmacht, der Zivilmacht oder der Wirtschaftsmacht erläutert. Zusammen mit den vier Beiträgen zu den neuen Rahmenbedingungen (Teil III), unter denen sich deutsche Außenpolitik seit der großen Wende von 1989/90 vollzieht, wird so noch einmal zum Nachdenken über die grundsätzliche Frage angeregt, ob und inwieweit Deutschland seine

neue Position im internationalen System und die daraus resultierenden Aufgaben, Funktionen und Ziele bereits erfasst und definiert hat.

Die acht grundlegenden Beiträge bilden damit den Rahmen für die Erörterungen der nachfolgenden Artikel. Teil IV misst das breitgefächerte Institutionen- und Akteursgefüge aus, das für die auswärtige Politikgestaltung verantwortlich ist. Dabei wird richtigerweise neben den klassischen staatlichen Einrichtungen wie Regierung, Parlament oder Bundeswehr auch nichtstaatlichen Akteuren wie Kirchen und Stiftungen sowie der öffentlichen Meinung ein angemessener Raum gewährt. Teil V widmet sich den deutschen Beziehungen zu einer Vielzahl von Staaten und Regionen, bevor sich dann Teil VI mit den diversen Handlungsfeldern von der Sicherheitspolitik über die Energiepolitik und die Entwicklungspolitik bis hin zur auswärtigen Kulturpolitik auseinandersetzt. Mit den Vereinten Nationen, der EU, der NATO, der OSZE, der Welthandelsorganisation und der G-7/G-8-Gruppe werden in Teil VII die wichtigsten multilateralen Institutionen vorgestellt, in die Deutschland traditionell eingebunden ist. In Teil VIII beschließt dann ein einziger, aber konziser Beitrag zu Methoden und Ansätzen der Außenpolitikforschung die inhaltliche Beschäftigung mit dem Gegenstand des Handbuchs. Die einzelnen Beiträge führen knapp und stringent in die jeweilige Thematik ein; in ihrer überwiegenden Zahl bie-

ten sie dem Leser durch annotierte Literaturhinweise sowie kommentierte Internetlinks Hinweise und Hilfen für eine intensivere Befassung.

Der mehr als 130-seitige Anhang umfasst ein Literaturverzeichnis, eine ausführliche Chronologie, die mit dem 9. November 1989 beginnt, eine weitere kommentierte Linkliste, ein Verzeichnis von politikwissenschaftlichen Nachschlagewerken sowie ein Register. All dies ist sehr hilfreich für den Leser, doch kann gerade dieser umfangreiche Appendix nicht vollständig überzeugen. So beschränkt sich die Linkliste auf eine kleine Zahl von Institutionen und Forschungseinrichtungen, die ohnedies allen halbwegs mit der deutschen Außenpolitik vertrauten Lesern bekannt sind. Dass dabei neben anderen auch das renommierte Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) fehlt, ist nicht verständlich; dem umfassenden Anspruch des Handbuchs hätte es zudem insgesamt sicher gut angestanden, in einem breiten Ansatz auch kleinere und/oder spezialisiertere Institute in diese Übersicht mit aufzunehmen. Hilfreich wäre es auch gewesen, außer den teils schon recht betagten Nachschlagewerken auch eine Reihe von Periodika zu erwähnen. Schmerzlich vermisst wird ein Autorenverzeichnis, das für das Verständnis und die Einordnung der Beiträge wichtig sein könnte.

Prof. Dr. Sven Bernhard Gareis, geb. 1962, lehrt Politikwissenschaft an der Universität Münster.